



Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20 a
10783 Berlin
www.lesbenberatung-berlin.de
030. 215 20 00



LesMigraS
Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V.
www.lesmigras.de
030. 21 91 50 90

Pressemitteilung von Lesbenberatung Berlin e.V. / LesMigraS
13.07.2017

„Ehe für Alle“?

Wo steckt das Queer in Ehe?

Der deutsche Bundestag hat am Freitag, den 29. Juni 2017 das Gesetz zur Homo-Ehe verabschiedet. Diese Entscheidung ist ohne Zweifel ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen mit heterosexuellen Menschen.

Dieses Gesetz unterstützt jedoch auch die Fortführung und Ausweitung einer konservativen Institution, der Ehe. Während bei diesem Sieg bestimmte Lesben und Schwule, die heiraten wollen und können, ein Stück mehr vom Kuchen der Privilegien erhalten, bleiben andere ausgeschlossen von den Errungenschaften dieses angeblich revolutionären Schritts:

Dazu gehören Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau definieren bzw. diejenigen, die queer bzw. weder hetero- noch homosexuell leben. Dazu gehören auch viele Menschen mit Lebensentwürfen jenseits von normierten Konzepten, u.a. von Beziehungen. Dies sind z.B. Menschen in Freund_innenschaften und Liebesbeziehungen, die nicht heiraten wollen oder Menschen in polyamorösen Beziehungen, Patchwork-Familien oder Menschen, die in Wohngruppen oder Community-Zusammenhängen füreinander Verantwortung übernehmen. Menschen geben sich in vielfältigen Konstellationen Liebe, Schutz, Geborgenheit und ein Zuhause – mit oder ohne Kinder.

Denn auch mit dem neuen Gesetz erleben viele tragende und verantwortungsvolle Beziehungen immer noch keine Anerkennung und rechtliche Gleichstellung. Stattdessen werden diese weiterhin von staatlicher Seite – z.B. durch die Ausländerbehörde – in Frage gestellt und stigmatisiert. Alle sollen vom Gesetz geschützt werden und nicht von den Privilegien ausgeschlossen sein.

Wir brauchen weiterhin eine queere Politik für gleiche Rechte für alle! Alle sich liebenden und für einander Verantwortung tragenden Menschen sollen Rechte haben. Zum Beispiel: auf Aufenthalt, Staatsbürger_innenschaft, künstliche Befruchtung, Anerkennung von Pflege- und Erziehungsarbeit, auf Adoption, Besuche im Krankenhaus, Hinterbliebenenrente, Alltag ohne Diskriminierungen ...

Wir LSBTIQ-Personen sollten uns nicht mit einem Stück vom Kuchen zufrieden geben, dieses Gesetz als zentralen Schritt zur Gleichberechtigung für alle feiern und dabei die ganze Bäckerei vergessen!

Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen für Gleichberechtigung für alle, z.B. gegen die Diskriminierung von Trans* und Inter* Personen, gegen Racial Profiling und Rassismus, gegen Abschiebungen, gegen wirtschaftliche Ausbeutung, Waffenexporte und politische Ungleichheiten in vielen Ländern, die zu Armut, Krieg und Flucht führen, für mehr Gerechtigkeit und Freiheit für alle!